

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2021

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Kommission: Expert:innengruppe für die Zukunft des Sozialstaates vorgestellt .....	1
Slowenische Ratspräsidentschaft: Aufruf für die Kindergarantie und gegen Altersdiskriminierung .....	1
EU-Parlament: Entschließungsentwurf gegen Frauenarmut .....	1
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>2</b>
Irland: Öffentliche Konsultation über Änderungen im Ehegesetz .....	2
Schweiz: Initiative über bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erfolgreich .....	2
Frankreich: Nationaler Aktionsplan gegen Kinderprostitution .....	2
England und Wales: Bericht über sogenannte „Kinship Carers“ .....	3
Ungarn: Frühkindliche Bildung und Betreuung nicht flächendeckend verfügbar .....	3
Bosnien und Herzegowina: Junge Menschen wollen das Land verlassen .....	3
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
COFACE: Wirtschaftliche Prinzipien für Bürger:innen und Familien .....	4
Aufruf zur Wahrung der Kinder- und Menschenrechte an den EU-Außengrenzen .....	4
Eurochild: Taskforce für die EU-Kindergarantie .....	4
Offener Brief an die „Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns“ der UN .....	5
UN-Weltkindertag .....	5
Aktionstag gegen sexuellen Missbrauch an Kindern .....	5
Gemeinsame Stellungnahme für den Schutz von Kindern vor ungesunden Lebensmitteln .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
EU-Parlament: Studie zur Politik des Alterns in verschiedenen Mitgliedstaaten .....	6
ESPN: Kurzberichte zu sozialpolitischen Entwicklungen in Zypern und Rumänien .....	6
EU-Kommission: Checkliste für die Unterstützung Wohnungsloser .....	7
UN: Bericht zu Wohnraumdiskriminierung .....	7
Ausschuss für Sozialschutz: Jahresbericht .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>



## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Expert:innengruppe für die Zukunft des Sozialstaates vorgestellt

Die Expert:innengruppe für die Zukunft sozialer Sicherung und des Sozialstaats der EU-Kommission wurde besetzt und wird mit der Erarbeitung von Empfehlungen für einen zukunftsfähigen Sozialstaat beginnen. Die Kommission hatte im August dieses Jahres angekündigt, die Implementierung der Europäischen Säule sozialer Rechte mit einer Gruppe von Expert:innen zu begleiten, die ihre Fachkenntnisse über Sozialpolitik, Wohnraumversorgung, Arbeitsmarkt, Demografie und weitere relevante Felder einbringen sollen (s. [EuropaNews 08/21](#)). Die Expert:innengruppe wird nun Erkenntnisse aller ihrer Fachbereiche zusammenbringen, um die Zukunft des Sozialstaates, seiner Finanzierung und seiner Verknüpfung mit einer sich wandelnden Arbeitswelt zu konzipieren. Dabei sollen die drei Felder demografischer Wandel, Transformation des Arbeitsmarktes und Globalisierung besondere Beachtung finden. Die Expert:innengruppe plant, ihr Konzept zum Ende des Jahres 2022 vorstellen zu können.

- [Informationen zu den Mitgliedern der Expert:innengruppe](#)  

### Slowenische Ratspräsidentschaft: Aufruf für die Kindergarantie und gegen Altersdiskriminierung

Die slowenische EU-Rats-Präsidentschaft hat im November mit zwei Konferenzen auf die Anliegen von Kindern und älteren Menschen aufmerksam gemacht. Im Rahmen der digitalen Konferenz zur EU-Kindergarantie wurden die Mitgliedstaaten aufgerufen, die Implementierung mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Der Zugang zu kostenloser Bildung und Betreuung, zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum und gesunder Ernährung müsse jedem Kind in Europa ermöglicht werden. Slowenien hat mit 13,1 Prozent die niedrigste Rate von Kinderarmut und sozialer Exklusion von Kindern in der gesamten EU. Frankreich wird ab Januar 2022 die Ratspräsidentschaft innehaben. Sein Regierungsvertreter kündigte an, die Arbeit für eine effektive Implementierung der Kindergarantie fortsetzen zu wollen.

Mit einer Konferenz über Menschenrechte für alle Altersgruppen bekräftigte die slowenische Ratspräsidentschaft außerdem ihr Engagement gegen Altersdiskriminierung. Vertreter:innen der EU-Kommission betonten, dass die Solidarität zwischen den Generationen und der wirksame Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft und Demokratie beitrage.

### EU-Parlament: Entschließungsentwurf gegen Frauenarmut

Das Komitee für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit und das Komitee für Beschäftigung und Soziales im EU-Parlament erarbeiten einen Entschließungsentwurf gegen Frauenarmut, der voraussichtlich im Januar 2022 im Plenum vorgestellt werden soll. Zum bisherigen Entwurf hat das Komitee für Beschäftigung und Sozialschutz nun eine Stellungnahme erarbeitet, in der betont wird, dass Frauen von den negativen ökonomischen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie überproportional betroffen seien. Sie zählten häufiger zur Gruppe der von Armut und sozialer Exklusion Bedrohten und Betroffenen, die am stärksten unter der Krise gelitten habe. Außerdem arbeiteten sie häufig in den wirtschaftlichen Bereichen, die von der Krise stark getroffen wurden. Auch in den systemrelevanten Berufen, die während der Pandemie stark beansprucht wurden, seien zu einem großen Teil Frauen beschäftigt. Die sozialpolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Krise müssten neben der Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum auch die Situation von Menschen berücksichtigen, die Care-Arbeit in der Familie

leisten. Die Verfasser:innen rufen die Kommission auf, die Belastung von Frauen zu verringern, indem bezahlbare und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote für Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. So sei es Frauen möglich, uneingeschränkt am Erwerbsleben teilzunehmen, Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen seien zudem ausreichende Altersrenten für alle Älteren. Mit Programmen für die Bildung und Weiterbildung sowie Informationen über die Bereiche Finanzen und Unternehmertum speziell für Frauen, könne in Zukunft ihr Zugang zu hochqualifizierten beruflichen Bereichen gefördert werden.

- [Stellungnahme zum Entschließungsantrag gegen Frauenarmut](#)  

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Irland: Öffentliche Konsultation über Änderungen im Ehegesetz

Das irische Finanzministerium hat eine öffentliche Konsultation gestartet, in der die Bevölkerung die Gelegenheit hat, ihre Meinung zu geplanten Reformen im Ehegesetz mitzuteilen. Das Ministerium schlägt vor, auch sogenannte Glaubensehen als offizielle Eheschließungen anzuerkennen. Gemeint sind Ehen, die in nicht-religiösen Zeremonien geschlossen werden. Mit der Neuerung würden diese Ehen religiösen Eheschließungen gleichgestellt werden. Der zweite Reformvorschlag betrifft das Mindestalter zur Eheschließung bzw. zum Eintritt in eine eingetragene Partnerschaft. Wie in England und Wales bereits geschehen, soll das Mindestalter von 16 mit elterlicher Zustimmung auf 18 Jahre angehoben werden. Damit würde Irland der Empfehlung des UN-Vertreters für Menschenrechte folgen, der die Verhinderung von Kinder- und Zwangsehen anmahnt.

### Schweiz: Initiative über bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erfolgreich

Die Bürger:innen der Schweiz haben sich in der Abstimmung über die Initiative „Für eine starke Pflege“ für bessere Arbeitsbedingungen Pflegenden ausgesprochen. 61 Prozent der Teilnehmer:innen am Entscheid stimmten für Ja. Damit wurde entschieden, dass ein neues Gesetz geschaffen werden soll, das für eine hohe Qualität der Pflege und Arbeitsbedingungen sorgt. Es soll sicherstellen, dass für den zukünftig erwarteten Pflegebedarf genügend Personal zur Verfügung steht. Außerdem in der Abstimmung angenommen wurde die Initiative für ein Covid-19-Gesetz, das die Möglichkeit zur Einführung der 3-G-Regel für Einrichtungen und Veranstaltungen einführt und die Justizinitiative, die Reformen für mehr Unabhängigkeit des Richteramts vorsieht.

### Frankreich: Nationaler Aktionsplan gegen Kinderprostitution

Die französische Regierung hat einen nationalen Aktionsplan angekündigt, um den Kampf gegen kommerziellen sexuellen Missbrauch von Kindern (auch bezeichnet als Kinderprostitution) zentral koordiniert im ganzen Land voranzubringen. Der Plan soll aus vier Säulen bestehen: öffentliche Aufmerksamkeit und Informationen über das Problem, Identifikation Betroffener, verbesserte Unterstützungsangebote und stärkeres rechtliches Vorgehen. Bis zu 10.000 Jugendliche in Frankreich seien von dieser Form sexueller Gewalt betroffen, insbesondere Mädchen zwischen 15 und 17. Sie stammten aus allen sozialen Milieus, hätten typischerweise jedoch, meistens in der Familie, bereits vorher (sexuelle) Gewalt erlebt.

## England und Wales: Bericht über sogenannte „Kinship Carers“

Die Organisation Kinship erstellt jährlich einen Bericht über die Situation sogenannter Kinship Carer in England und Wales. Kinship Care bezeichnet ein oft informelles Arrangement, bei dem ein oder mehrere Kinder in einer verwandten oder mit der Familie eng befreundeten Pflegefamilie leben. Für den aktuellen Bericht wurden 1.651 solcher Kinship Carers befragt, die 2.538 Kinder in England und Wales betreuen. 96 Prozent von ihnen gehen davon aus, dass die Kinder langfristig bei ihnen bleiben werden. 81 Prozent der Pflegenden hatten sich zu Beginn der Pflege darauf eingestellt, dass die Kinder bis ins Erwachsenenalter bei ihnen bleiben. Kinder, die bei Kinship Carers aufwachsen, haben häufig gesundheitliche oder psychische Beschwerden. 36 Prozent von ihnen brauchen sonderpädagogische Förderung. Die Pflegefamilien gaben an, dass die Pflege eine Belastung für ihre Familie darstelle und sie nicht die Unterstützung bekommen, die sie sich von Behörden wünschen.

- [Kinship Care: State of the Nation Survey 2021](#) 

## Ungarn: Frühkindliche Bildung und Betreuung nicht flächendeckend verfügbar

Die Kampagne „First Years – First Priority“ von Eurochild und der International Step By Step Association berichtet in einem Fact Sheet, dass lediglich 16 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Ungarn eine Kita oder andere Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung besuchen. Ab dem dritten Lebensjahr sei die Kita in Ungarn verpflichtend. Fehlen Kinder in der Kita ohne einen anerkannten Grund, könne den Eltern ein Bußgeld auferlegt oder Familienleistungen entzogen. Vor allem aufgrund von Personalmangel stünden allerdings nicht in allen Regionen ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung. Viele Erzieher:innen verließen den Beruf, da die Arbeitsbedingungen als belastend empfunden würden: Die Kitas seien häufig unterbesetzt und es fehle eine ausreichende Unterstützung durch Sonderpädagog:innen, Psycholog:innen und Logopäd:innen. Dies gelte besonders in ländlichen Regionen, wo insgesamt zu wenig Psycholog:innen und Kinder- bzw. Hausärzte praktizierten. Der Mangel an Unterstützungsangeboten für Familien führe dazu, dass immer mehr Kinder in Ungarn in Institutionen wie Kinderheimen aufwachsen.

- [Early Years in Hungary: trends and issues](#) 

## Bosnien und Herzegowina: Junge Menschen wollen das Land verlassen

Eine Studie des UN Population Fund hat gezeigt, dass mit 47 Prozent knapp die Hälfte der jungen Menschen in Bosnien und Herzegowina vorhaben, das Land zu verlassen. Schätzungen zufolge haben 23.000 junge Menschen bereits konkrete Schritte eingeleitet, um innerhalb der nächsten 12 Monate ins Ausland zu gehen. Der Hauptgrund für die Auswanderungspläne sei die Unzufriedenheit mit den Lebensumständen. In der UN-Studie gaben 73 Prozent der Befragten an, dass sich der Lebensstandard in ihrem direkten Umfeld verschlechtert habe oder stagniere. Weitere Gründe seien eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, schlechte sozio-ökonomische Bedingungen und fehlende Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Entwicklung. Die Bevölkerungszahlen von Bosnien und Herzegowina sinken und sollen Schätzungen zufolge bis zum Jahr 2070 von heute 3,5 Millionen auf unter 1,6 Millionen Einwohner:innen fallen. Die Auswanderung junger Menschen bildet einen wichtigen Faktor für diese Entwicklung. Die Geburtenrate wird auch dadurch beeinflusst, dass viele junge Menschen im Ausland eine Familie gründen. Mit durchschnittlich 1,25 Kindern pro Frau ist sie eine der geringsten Europas.

## Weitere Nachrichten

### COFACE: Wirtschaftliche Prinzipien für Bürger:innen und Familien

COFACE Families Europe hat ein Positionspapier mit wirtschaftlichen Grundprinzipien veröffentlicht, die dem Wohlbefinden aller Bürger:innen Europas dienen sollen, besonders Familien. Außerdem ist Klimaschutz und Nachhaltigkeit in diesen Prinzipien zentral. Das Papier bündelt wesentliche Aussagen aus unterschiedlichen COFACE-Positionspapieren, in denen wirtschaftliche Themen implizit angesprochen wurden. Das erste Prinzip ist es, die Familie als wichtige wirtschaftliche Einheit anzuerkennen und zu adressieren. Zweitens müsse in eine Ökonomie der Vereinbarkeit und Sorge investiert werden. Ein weiteres Prinzip ist die Verringerung von sozialer Ungleichheit und Armut. Zudem müssten Menschenrechte grundsätzlich über wirtschaftliche Erwägungen gestellt werden und wirtschaftliche Unternehmungen müssten sich an der Verfügbarkeit und Endlichkeit natürlicher Ressourcen orientieren. Wirtschaftspolitik müsse die Verflechtung aller Menschen und Weltregionen anerkennen und die Herausforderungen für Klima und Ressourcen global denken. Für eine wirksame demokratische Kontrolle von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sei es wichtig, dass möglichst viele Menschen Kenntnisse über diese Bereiche vermittelt bekommen. Wirtschaftseinheiten, von der Familie, kleinen Unternehmen bis zu ganzen Volkswirtschaften, sollten über Mechanismen verfügen, die sie in Krisen resilient machen. Der Sozialstaat müsse negative Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen ausgleichen. Betont wird schließlich die Wichtigkeit des Schutzes persönlicher Daten, auch im Zusammenhang mit finanziellen Dienstleistungen.

- [COFACE Economic Principles: Towards an Economy Which Cares](#)  

### Aufruf zur Wahrung der Kinder- und Menschenrechte an den EU-Außengrenzen

Gemeinsam haben 27 Menschen- und Kinderrechtsorganisationen einen Aufruf an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten veröffentlicht, in dem gefordert wird, die geflüchteten Kinder und Familien an der polnisch-belarussischen Grenze in die EU erstaufzunehmen und ihnen ein Asylverfahren zu ermöglichen. Die Praxis des Push-Backs von Menschen auf der Flucht müsse beendet werden und widerspreche dem Recht auf Asyl. Zudem müsse die Lage vor Ort sofort verbessert werden, um die Situation der Familien und Kinder für die Zeit zu verbessern, bis sie in einem EU-Land aufgenommen werden könnten. Es fehlten Lebensmittel und Kleidung, provisorische Behausungen und der Zugang zur Gesundheitsversorgung. Außerdem käme es zu rechtswidrigem Vorgehen von EU-Grenzbeamt:innen, die auch das Kindeswohl verletzen. Langfristig müsse das EU-Grenzmanagement die Schulung von Beamt:innen über Menschen und Kinderrechte umfassen.

- [Aufruf „Stoppt Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen!“](#) 

### Eurochild: Taskforce für die EU-Kindergarantie

Eurochild hat eine Taskforce aus Kinderrechtsorganisationen ins Leben gerufen, die die Implementierung der EU-Kindergarantie auf allen Ebenen der EU und in den Mitgliedstaaten unterstützen soll. Um die effektive Umsetzung der Strategie in den nationalen Aktionsplänen sicherzustellen, sei ein engagierter Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure notwendig, so die Organisation. Neun Kinderrechtsorganisationen aus Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Portugal, Rumänien und Spanien führen das Projekt an und geben Informationen an weitere Organisationen weiter. Die Taskforce soll den Austausch zwischen Kinderrechtsorganisationen in der EU fördern, sodass sie mit den bestmöglichen Strategien und umfassendem

Wissen ihre Aufgabe der Interessenvertretung wahrnehmen können. Dazu werden auch Länderberichte über die aktuelle Situation der Kinderrechte für jeden Mitgliedstaat erarbeitet, die im Januar 2022 veröffentlicht werden sollen.



### Offener Brief an die „Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns“ der UN

Bereits mehr als 220 zivilgesellschaftliche Organisationen haben einen offenen Brief an die „Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns“ der UN veröffentlicht. Darin mahnen sie an, dass trotz ausreichender Daten über den Bedarf eines international verbindlichen Rechtsrahmens über die Menschenrechte älterer Menschen in diesem Bereich zu wenig konkrete Fortschritte erzielt wurden. Die Verfasser schlagen vor, eine Expert:innengruppe aus Vertreter:innen von Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft zu beauftragen, die engmaschiger zusammenarbeitet als die derzeit bestehende Arbeitsgruppe. Sie solle damit beauftragt werden, die Kernpunkte auszuarbeiten, die in einer UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen enthalten sein müssten. In der nächsten planmäßigen Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns könnte dieser Rahmen als Diskussionsgrundlage dienen. Bis zum Ende des Jahres sind zivilgesellschaftliche Organisationen aufgefordert, den offenen Brief zu unterzeichnen.

- [Offener Brief an die „Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns“ der UN](#) 
- [Zum Unterzeichnen des offenen Briefs](#) 

### UN-Weltkindertag

Seit dem Jahr 1954 ist der 20. November der UN-Weltkindertag. Im Jahr 1990 wurden an diesem Tag die UN-Deklaration und die UN-Konvention über die Rechte des Kindes angenommen. In diesem Jahr stand der UN-Weltkindertag unter dem Thema „A better Future for Every Child“. UNICEF stellt anlässlich des Aktionstages jugendliche Aktivist:innen aus aller Welt vor, die sich für verschiedene politische Ziele wie Inklusion, Klimaschutz und Anti-Rassismus einsetzen. Eurochild hat eine Online-Veranstaltung durchgeführt, in der Bildung als Ausgangspunkt für das Wohlergehen jedes Kindes diskutiert wurde. Bildungsexpert:innen aus verschiedenen europäischen Ländern stellten Perspektiven zum Zusammenhang von Bildung und Armut, zu Bildungsungleichheiten und zu Ansätzen für Wohlbefinden und Inklusion an Schulen vor. Die Beiträge sind auf der Website zur Veranstaltung abrufbar.

- [World Children's Day 2021: join the youth advocating for child rights](#) 
- [Eurochild: Dokumentation der Veranstaltung "Education - A gateway to well-being for all children"](#) 

### Aktionstag gegen sexuellen Missbrauch an Kindern





Der 18. November ist der Europäische Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch. In diesem Jahr stand der Aktionstag unter dem Motto: „Making the circle of trust truly safe for children“. Fokussiert wurde sexueller Missbrauch im vertrauten Umfeld von Kindern – durch Familienmitglieder und andere nahe Bezugspersonen. Der Europarat verweist dazu auf seine Handreichung mit Informationen zu Missbrauch im familiären und sozialen Nahbereich, Möglichkeiten zur Prävention, die rechtliche Situation und Strategien zur Hilfe Betroffener. Die Empfehlungen wurden aus dem ersten Monitoring über die Implementierung der Lanzarote-Konvention abgeleitet. Sie ist die erste internationale Übereinkunft zur Beendigung von sexuellem Missbrauch an Kindern und wurde von den 47 Staaten des Europarates sowie Tunesien ratifiziert.

- [Detailed Note on Sexual Abuse of Children in their Circle of Trust](#)  



## Gemeinsame Stellungnahme für den Schutz von Kindern vor ungesunden Lebensmitteln

Ein Zusammenschluss von 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Kinderschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz und Familienpolitik fordert die EU in einer gemeinsamen Stellungnahme auf, Kinder vor der gezielten Vermarktung ungesunder Lebensmittel zu schützen. Die Organisationen haben bereits einen Entwurf für die geforderte EU-Richtlinie über Lebensmittelvermarktung vorgelegt. Darin wird vorgeschlagen, die Vermarktung ungesunder Lebensmittel in Fernsehen und Radio zu den Zeiten zu verbieten, in denen Kinder diese Medien konsumieren. Außerdem sollte Werbung für ungesunde Lebensmittel in sozialen Medien, das Sponsoring von Veranstaltungen für Kinder und Familien durch Lebensmittelkonzerne, die ungesunde Lebensmittel herstellen und die Ansprache von Kindern durch Maskottchen und Zeichnungen auf Produktverpackungen verboten werden. Die Initiative orientiert sich damit in großen Teilen an den Empfehlungen, die der Europäische Verbraucherverband nach seiner Untersuchung des freiwilligen Mechanismus der Lebensmittelindustrie abgegeben hatte (s. [EuropaNews 10/21](#)). In der Stellungnahme wird vorgeschlagen, sich für die Einstufung der Lebensmittel am Nährstoffprofil-Modell der Weltgesundheitsorganisation zu orientieren.

- [Call to protect children from the marketing of nutritionally poor food](#)  
- [Entwurf für eine EU-Richtlinie gegen die Vermarktung ungesunder Lebensmittel an Kinder](#)  

## Berichte und Studien

---

### EU-Parlament: Studie zur Politik des Alterns in verschiedenen Mitgliedstaaten

Das EU Parlament hat eine Studie veröffentlicht, in der die Politik des Alterns und die staatlichen Leistungen für ältere Menschen in den Niederlanden, Schweden, Italien, Litauen, Frankreich, Österreich, Deutschland und Polen verglichen werden. Darin werden die Bereiche Wirtschaft, soziale Teilhabe, Gesundheit und Wohlbefinden, Langzeitpflege und unterstützende Lebensumfelder betrachtet. Alle untersuchten Staaten verfolgen demnach eine Politik des aktiven Alterns, die ökonomische und soziale Teilhabe Älterer fördern soll. Lücken in der Gesundheitsversorgung hätten sich im Zuge der Pandemie vergrößert und bestünden vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Zur Deckung des künftig erwarteten Bedarfs an Langzeitpflege müsse in diesen Bereich investiert und die Einwanderung von Fachkräften gefördert werden. Der Bereich Wohnen bilde eine Herausforderung, weil das Leben alleine, steigende Miet- und Energiekosten sowie für Ältere ungeeignete Wohnungen und Häuser die Möglichkeit zum aktiven Altern einschränkten. Im Bericht wird die Empfehlung formuliert, die Politik für ein aktives und gesundes Altern auf der EU-Ebene zu koordinieren. Die Datenlage müsse verbessert und Angebote für Ältere gründlicher evaluiert werden. Empfohlen werden zudem Rentenreformen, die Anreize für eine frühe Verrentung reduzieren. Stattdessen müssten altersgerechte Arbeitsmöglichkeiten und -umfelder geschaffen werden.

- [Ageing policies - access to services in different Member States](#)  

### ESPN: Kurzberichte zu sozialpolitischen Entwicklungen in Zypern und Rumänien

Das European Social Policy Network (ESPN) hat Kurzberichte zu sozialpolitischen Neuerungen in Zypern und Rumänien herausgegeben. Der Bericht für Zypern stellt ein Projekt vor, das die Besiedelung von entlegenen Gegenden mit schwacher Infrastruktur fördern soll. Bürger:innen, die in dort Wohneigentum erwerben, erhalten

für den Kauf oder die Renovierung von Wohneigentum finanzielle Zuschüsse. Für junge Paare sieht das Programm besondere Begünstigungen vor. Der Kurzbericht über Rumänien stellt die Reform der Mindestsicherung dar. Evaluationen hätten gezeigt, dass sich die Effektivität und Angemessenheit bestehender Programme im Zeitraum von 2014 bis 2020 verschlechtert hatten. Die Reform sieht bessere Anreize zum Ergreifen einer Erwerbstätigkeit, mehr Transparenz über Leistungen und Ansprüche sowie verminderten administrativen Aufwand vor.

- [ESPN Flash Report Zypern](#)  
- [ESPN Flash Report Rumänien](#)  

## EU-Kommission: Checkliste für die Unterstützung Wohnungsloser

Die EU-Kommission hat eine Checkliste veröffentlicht, die Organisationen unterstützen soll, die im Rahmen des ESF+ wohnungslosen Menschen helfen. Darin wird zunächst „Housing First“ als grundlegendes Prinzip der Arbeit mit Wohnungslosen für alle ESF-geförderten Projekte dargestellt. Housing First ist eine Herangehensweise, bei der Wohnungslose nicht die in vielen Projekten üblichen Voraussetzungen erfüllen müssen, um Wohnraum vermittelt zu bekommen: Kein Konsum von Alkohol und Drogen, eine Arbeitsstelle gefunden oder psychische Probleme zuvor in einer speziell dafür ausgelegten Einrichtung überwunden zu haben. Evidenz aus Untersuchungen in den USA, Kanada und europäischen Staaten zeige, dass die Versorgung mit Wohnraum vielmehr eine Grundlage dafür sei, dass Menschen ihre psychischen oder Suchterkrankungen erfolgreich bearbeiten können. Die Projekte sollten außerdem in eine umfassende Strategie für Wohnraumversorgung eingebunden sein, die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum sicherstellt. Dabei müssten alle relevanten Interessengruppen zusammenarbeiten die lokale Politik und Verwaltung, soziale und Gesundheitsdienste, Vermieter:innen und Expert:innen für Stadtplanung und Sozialstruktur.

- [How to target and support people experiencing homelessness with the ESF+](#) 

## UN: Bericht zu Wohnraumdiskriminierung

Der Menschenrechtsbeauftragte der vereinten Nationen hat einen Sonderbericht zu Wohnraumdiskriminierung veröffentlicht. Er wurde mit Daten aus 25 Staaten in allen Weltregionen erstellt. Der ungleiche Zugang zu Wohnraum sei ein globales Problem, das unterschiedliche Ausprägungen zeige: Die Diskriminierung könne in fehlendem Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, zu Materialien und Dienstleistungen und zu bezahlbarem Wohnraum in erreichbaren Lagen bestehen. Besonders von diesen verschiedenen Benachteiligungen betroffen seien Menschen mit Behinderungen, Migrant:innen und Geflüchtete, Indigene Bevölkerungsgruppen, Frauen und Menschen, die rassistisch diskriminiert werden. Im Bericht werden auch politische Empfehlungen formuliert. Dazu zählt die Erarbeitung von Antidiskriminierungsgesetzen für den Bereich Wohnen, die die verschiedenen Formen des ungleichen Zugangs berücksichtigen. Beauftragte für diskriminierungsfreie Wohnraumversorgung, Gleichstellungsbeauftragte und zivilgesellschaftliche Organisationen müssten auf der lokalen, regionalen und staatlichen Ebene unterstützt werden. Daten über Wohnraumversorgung und Zugangsbarrieren müssten detaillierter erfasst und kontinuierlich ausgewertet werden, um informationsbasierte Wohnungs- und Sozialpolitik planen zu können.

- [UN-Bericht zur Wohnraumdiskriminierung](#)  



## Ausschuss für Sozialschutz: Jahresbericht

Der Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz für das Jahr 2021 ist erschienen. Darin wird gezeigt, dass die allgemein positive Entwicklung der sozialen Situation in der EU durch die Covid-19 Pandemie unterbrochen wurde und sich bis zum aktuellen Zeitpunkt nicht wieder erholt habe. Dennoch hätten sozialpolitische Programme wirksam dazu beigetragen, die sozio-ökonomischen Folgen der Coronakrise zu begrenzen. Besonders hilfreich sei es gewesen, den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen zeitweise zu vereinfachen. Auf diese Weise hätten Bürger:innen bei krisenbedingter Arbeitslosigkeit kurzfristig Hilfen erhalten. Obwohl sich die ökonomische Situation im Jahr 2021 insgesamt verbessert habe, müssten die langfristigen sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie politisch auf der Agenda bleiben. Um für zukünftige Krisen besser gewappnet zu sein, sollten Mitgliedstaaten die Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion weiterhin priorisieren und die Resilienz der Systeme sozialer Sicherung verbessern.

- [Jahresbericht 2021 des Ausschusses für Sozialschutz](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01. Dez. 2021 Online	<a href="#">Building Back Better: Social Rights and Wellbeing at the heart of a new EU Economic Governance</a>	SOLIDAR & Foundation for European Progressive Studies
02.–03. Dez. 2021 Online	<a href="#">European Day of Persons with Disabilities 2021</a>	EU-Kommission & European Disability Forum
06.-09. Dez. 2021 Online	<a href="#">Well-being and Mental Health – An integrated policy approach</a>	OECD
09. Dez. 2021 Online	<a href="#">Konferenz "Tackling Institutional Racism - The Potential of Equality Bodies"</a>	Equinet
14. Dez. 2021 Online	<a href="#">Family mediation: addressing conflicts between parents and children in adolescence (European Family Lab - Breakfast Bytes on family support)</a>	COFACE Families Europe
16. Dez. 2021 Brüssel/Online	<a href="#">Commission Launch Event: A New EU Action Plan for the Social Economy</a>	EU-Kommission
20. Jan. 2022 Freiburg, Schweiz	<a href="#">Fachtagung: Elternbildung - normierte oder differenzierte Eltern?</a>	Pro Familia Schweiz
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	<a href="#">IAFL Introduction to European Family Law Conference</a>	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
 Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
 E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

